

Der Gewerksverein ⁹⁷

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher
Monatspreis: durch die Post bezogen
1 Mk. — unter Freigang 1 Mk. 25 Pf. —
Die Postämter für Berlin alle Zeitungs-
Erscheinungen, nehmen Bestellungen an. —
Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf.,
Sammlungen, 15 Pf., Vereinsangelegen-
10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion
u. Exped.: N.O., Ortelstraße 221/22.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereinst-Vorstände

von

Centralrathe der Deutschen Gewerksvereine

(Hilf- und G.-r.)

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.
unter einer Adresse tritt für Rechnungsbere-
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsleiter Rudolf
Klein, N.O., Ortelstraße 221/22, ein-
zuweisen sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement
seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exempl.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 13.

Berlin, 30. März 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft. —
Erlaube Brüder. — Die Lage der Eisenbahner Deutschlands. — Wochenlohn.
— Feuilleton. — Tätigkeitsberichte. — Verbands-Zell — Anzeigen-Zell.

Die Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft.

Wir haben in Nr. 8 des „Gewerksverein“ die Leitfäden von Dr. Adolf Weber-Bonn, die derselbe auf der Generalversammlung des Vereins „Arbeiterwohl“ am 10. Januar über die Frage der „Einordnung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft“ vertreten hat, wiedergegeben. Der Gedanke verdient weiter verfolgt zu werden. Unsere Gewerksvereine haben sich von vornherein auf den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung gestellt, um innerhalb derselben an deren Bervollkommnung mitzuarbeiten. Es handelt sich also im wesentlichen darum, ob es der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung möglich ist, sich von der parteipolitischen Bevormundung frei zu machen und sich einzuordnen in die bürgerliche Gesellschaft. Zunächst müßte gefragt werden, ob hierfür in den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Wille vorhanden ist. Im ganzen steht deren Verhalten noch nicht danach aus, aber manche Beziehungen sprechen doch dafür, daß eine Entwicklung in diesem Sinne vor sich geht. Der Glaube an die alleinsetzgemäße Sozialdemokratie ist jedenfalls im Erlalten begriffen.

Auf jener Generalversammlung in Bonn hat auch der zweite Referent, Dr. Aug. Pieper, diese Einordnung für möglich erklärt. Zu dieser Einordnung, so meinte Pieper, sei die gesamte Arbeiterbewegung bereit, wenn ihr die erstrebte höhere Anteilnahme an den Kulturleistungen ermöglicht werde, auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rechtsgleichheit mit den übrigen Ständen, insbesondere mit den Unternehmern. Die „Klassenbewußten“ Arbeiter wollten ähnlich wie die Landwirte, Gewerbetreibenden usw. ihre berechtigten Interessen gegenüber den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft selbst vertreten, nicht aber deren Regelung dem einseitigen Ermessen anderer überlassen.

Das ist aber nicht nur der Wille der sogenannten „Klassenbewußten“ Arbeiter, sondern der organisierten Arbeiter überhaupt. Die Arbeiter wollen ihre eigenen Angelegenheiten selbst besorgen und als vollmündige Partner bei der vertraglichen Regelung ihrer Interessen als Mitproduzenten zur Geltung kommen. Die Arbeiter wollen in der Tat als vollwertige Mitbürger im Staat und im Gesellschaftsleben rechtliche und praktische Anerkennung finden. Dieser Grundgedanke muß verwirklicht werden, was allerdings wichtiger ist als alle Fürsorge des Staates und der Arbeitgeber, die es doch nicht vermögen, die Arbeiter zufrieden zu stellen. Auch der Arbeiter ist ein Mensch und der Mensch lebt nicht allein vom Brot; das ist erst seine halbe Nahrung, er will auch sein geistiges Leben zur Geltung bringen.

Zur Durchführung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rechtsgleichheit stellt Pieper eine Anzahl Forderungen auf, die wir umso mehr unterschreiben können, als sie durchweg schon vor ihm von unseren Gewerksvereinen aufgestellt und vertreten worden sind. Man überzeuge sich:

1. Die wirtschaftliche Rechtsgleichheit ist durchzuführen durch Kollektivabklärung des Arbeitsvertrags zwischen Arbeiterorgani-

isationen und den einzelnen Unternehmern bzw. deren Organisationen, in Form der Tarifgemeinschaft soweit möglich für den gesamten Umfang eines Gewerbes. Zu dem Zweck ist zu fördern die Tätigkeit der Gewerksvereine als Einigungsämter sowie die vermittelnde Tätigkeit von Behörden, Gewerbeinspektoren, Presse usw.;

durch Errichtung von Arbeiterausschüssen in den einzelnen Betrieben und von Arbeitskammern in größeren Bezirken zwecks Pflege der Interessen des Gewerbes, wie insbesondere der Arbeiterinteressen; ferner durch paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises, Mitverwaltung der Krankenkassen u.;

durch freiherrliche Ausgestaltung des Koalitionsrechtes, gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine; durch Durchführung des Arbeiterschutzes, der erst die Entfaltung der organisierten Selbsthilfe ermöglicht.

2. Die Durchführung der politischen Rechtsgleichheit erfordert

Erweiterung des Wahlrechts in Staat und Gemeinde auf die breiten Volksschichten;

freiwillige Gestaltung des Vereins- und Versammlungrechtes;

Heranziehung auch der Arbeiter zu den Ehrenämtern der Geschworenen und Schöffen sowie der Arbeiterorganisationen zur Begutachtung geplanter Gesetzes- und Verwaltungsmassnahmen; Teilnahme der Behörden an Arbeiterkongressen usw.;

Achtung der Gleichheit der Arbeiter mit allen anderen Bürgern vor dem Gesetze seitens der Justiz- und Verwaltungsbehörden;

Heranziehung der Arbeiter durch die bürgerlichen politischen Parteien zur Beschaffung eines Parteiprogramms, zur Verwaltung der Parteiangelangeheiten und zu den Ämtern der Abgeordneten, Stadtverordneten, Gemeindevertreter usw.

3. Die gesellschaftliche Rechtsgleichheit der Arbeiter befaßt:

Anerkennung der Arbeiter als Mitglieder eines den übrigen Ständen gleichberechtigten Standes mit Standesbewußtsein und Standesethik; deshalb Vermeidung jeglicher Bevormundung und Zurückstellung im gesellschaftlichen Verkehr, jeder Ehrverletzung in dem durch das Arbeitsverhältnis bedingten Verkehr; überhaupt gefällige Annäherung der übrigen Stände an die Arbeiter;

Zuziehung geeigneter Arbeitervertreter bei Gründung und Verwaltung aller gemeinnützigen Vereine, Anstalten und Einrichtungen zur geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes;

Vermehrung der Bildungsgelegenheiten für die Arbeiter.

4. Alle Kreise der Gesellschaft müssen zur Einsicht geführt werden, daß nur auf genanntem Wege der Durchführung der Rechtsgleichheit die Arbeiterbewegung von den sozialistischen Illusionen sich löstrennen und der bestehenden Gesellschaft einordnen wird; daß eine derartige Einordnung nicht bloß eine Befreiung der sozialistischen Gefahr, sondern einen kulturellen Gewinn für die bestehende Gesellschaft bedeutet. Damit wird gefordert eine intensive soziale Schulung, insbesondere der Gebildeten und Besitzenden.

Alle, die soziales Verständnis und Interesse besitzen, müssen im privaten Verkehr, durch die Schrift, in Vereinen u. dahin wirken, daß Schritt vor Schritt die gezeichnete Rechtsgleichheit verwirklicht wird.

Diese Forderungen gehen in keinem Punkte über die von uns in den Gewerksvereinen vertretenen Anschauungen hinaus. Damit darf konstatiert werden, daß die Gewerksvereine die Bahnbrecher waren für die nun auch auf christlicher Seite vertretenen Ideen.

Dr. Aug. Pieper erwähnt im weiteren Fortgang seiner Thesen die Arbeiter, energisch und verständnisvoll an der

„Einordnung“ mitzuwirken. Darum müsse es den Arbeitern als unbillig gelten, mehr von der Gesellschaft zu verlangen, als eine ehrlich durchgeführte Rechtsgleichheit. Der revolutionäre Klassenkampf der Sozialdemokratie sei zu verwerfen, ebenso aber auch der „erbitterte einseitige Interessenkampf der nichtsozialistischen Arbeiter“. Diese Mahnung ist wahrscheinlich ganz besonders an die Adresse der Christlichen gerichtet, die, wie bekannt, einen sehr einseitigen „erbitterten Interessenkampf“ auch gegen unsere Gewerkschaften führen. Im Kampfe für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen haben wir Gewerkschafter den Weg des friedlichen Ausgleichs immer bevorzugt und uns dadurch von einem „einseitigen erbitterten Interessenkampf“ solange fern zu halten gesucht, als uns dieser Kampf nicht aufgebrängt wurde durch einseitig handelnde und dem Frieden unzugängliche Unternehmer. Wir billigen es durchaus, wenn von den Christlichen verlangt wird, daß sie sich auch hierin den Gewerkschaften anpassen sollen. Bisher aber haben sie sich immer etwas darauf zugute getan, wenn ihrem vielfach demagogischen Treiben nachgelegt wurde, daß sie es noch ärger trieben als die Sozialdemokraten.

Den demagogischen Radikalismus im christlichen Lager entgegenzuwirken, hat augenscheinlich auch die fernere Mahnung Niepers zum Zweck, daß den Arbeitern der ernstlich betätigte Wille zur fortschreitenden Durchführung der Rechtsgleichheit genügen müsse, da aller Fortschritt in der Gesellschaft ein organischer und daher schrittweiser sei; jedes Entgegenkommen müsse auch Anerkennung finden.

„Sowohl noch Hindernisse zu überwinden sind, ist zu berücksichtigen, daß selten böser Wille, meistens überlieferte Vorurteile deren Grund sind. Darum ist bei aller Energie im Vordrängens mehr durch Aufklärung, als durch Bekämpfung der Gegner zu erwarten, mehr auf dem Wege der Verständigung und Vermittlung, als des Raquilampfes, der nur als letztes Mittel gelten und gehandhabt werden darf.“

Dr. Aug. Pieper verlangt ferner, daß das Sonderinteresse der Arbeiter stets dem Wohle der Gesamtheit, insbesondere der Konjunkten, wie des Beschäftigung bietenden Unternehmers untergeordnet bleiben müsse. Der Forderung besseren Arbeitsertrages müsse gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeiter entsprechen.

Was sollte dies alles, wenn es nicht als Mahnung an die Christlichen zu gelten hätte. Und wenn wir lesen, was Dr. Aug. Pieper früher schrieb, dann will es uns scheinen, als ob er selbst sehr viel „zahmer“ geworden sei, als er es ehemals war.

Den Schluß seiner Thesen bilden die nachfolgenden beiden Sätze: Gemeinnützige und private Arbeiter-wohlfahrtsanstalten, die von sozialen Motiven getragen sind, sollen bei den Arbeiterorganisationen Anerkennung und Bereitwilligkeit zur Mitverwaltung finden. Ein Zielsetz gilt von der Durchführung der Arbeitergesetzgebung.

Erhöhte geistige und sittliche Bildung, soziale und politische Schulung können erst die weiten Kreise der Arbeiter befähigen zur erhabenen Durchführung der Rechtsgleichheit zwecks höherer Anteilnahme an den Kulturwerten. Die konfessionellen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften bieten dazu vor allem geeignete Gelegenheiten und Mittel. Die Hilfeleistung der gebildeten Stände können die Arbeiter bei dieser Bildungsarbeit nicht entbehren. Vor allem aber muß der Bildungsbeförderer der Arbeiter ausgebildet und erhöht werden.

An dem letzten Satze ist merkwürdig, daß Pieper, der die gesamte Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung einordnen will, einseitig „die konfessionellen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften“ als diejenigen aufmarschieren läßt, die „vor allem geeignete Gelegenheiten und Mittel bieten“, durch erhöhte geistige und sittliche Bildung die Arbeiter zur ersten Durchführung der Rechtsgleichheit zu befähigen.

Sowas, die „Christlichen“, die Herr Dr. Pieper doch vorher noch so ernstlich zur Solidarität im Kampfe ermahnen zu müssen für nötig hielt, sind mit berufen, den großen, zuerst von den Deutschen Gewerkschaften vertretenen Gedanken, die Arbeiterbewegung innerhalb des gesamten Volkes, also auf dem Boden der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung, wirken zu lassen und sich nicht als eine abseitsstehende, einseitige Klassenpartei zu betätigen, zu verwirklichen, sie haben aber keinen Anspruch darauf, den Gewerkschaften oder anderen Gewerkschaften vorgezogen zu werden.

Weder auf dem einseitigen christlichen, noch auf dem ebenso einseitigen sozialdemokratischen Boden kann die Arbeiterbewegung einheitlich zusammengefaßt werden zur Einordnung in die bestehende Gesellschaft, das kann nur auf dem Boden partei- und kirchenpolitischer Neutralität geschehen, auf dem vorläufig leider nur erst die Deutschen Gewerkschaften stehen. Kann Herr Dr. Pieper sich ausschwingen zu dieser höheren sittlichen und

geistigen Auffassung der Arbeiterbewegung, dann findet er in uns einen aufrichtigen Bundesgenossen auf dem von Dr. Weber und ihm neuerdings im Geiste der Gewerkschaften vielfach treffend gezeichneten Wege zu dem Ziel, die Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft einzugliedern.

Gleiche Brüder.

Der preussische Graf von Schwerin, ein Mann von ganz eigenständlichem Entwicklungsgang — er war Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, später Minister des Innern, dann Reichstagsmitglied und schließlich Stadtrat von Berlin — hat eine praktische parlamentarische Einrichtung geschaffen. Auf seinen Antrag wurde eine besondere Parlamentskammer eingerichtet — im Deutschen Reichstage gewöhnlich am Mittwoch —, welche besonders der Erlebigung von Anträgen aus der Mitte der Versammlung und von Petitionen gewidmet ist. An den Schwerinstagen geht es meist sehr unterhaltlich zu. So auch an dem Schwerinstage vom 22. März, wo die Welt das Schauspiel erlebte, Antisemiten und Sozialdemokraten an der Arbeit zu erblicken, sich gegenseitig zu konterfeien. Betrachten wir zunächst einmal, wie das von den Sozialdemokraten entworfene Porträt der Antisemiten ausgefallen ist. Vorauszusehen ist, daß es sich um den antisemitischen Antrag handelte, „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die gewährleistete Versammlungsfreiheit wirksam vor gewaltsamen Störungen zu schützen“.

Nun zu dem Porträt der Antisemiten! Der sozialdemokratische Abg. Baudert erinnerte an das Verh. lten der Antisemiten in jener Versammlung in Stettin, in der Professor Dr. Reizer aus Breslau über das Thema: „Ehe und Geschlechtskrankheiten“ sprechen sollte. Die Antisemiten hätten plötzlich in dem dichtgefüllten Saal und auf den Gallerien einen wahren Höllelärm, Schreien, Weifen und dazu ununterbrochene Rufe „Juden raus“ erhoben. Kurzum, sie, oder wenigstens ein Teil von ihnen, verstanden sich sehr gut darauf, die Versammlungsfreiheit zu vernichten. Abg. Baudert erzählte weiter, er erinnere sich noch sehr lebhaft einer Versammlung vor ungefähr 15 Jahren, wo Herr Abg. Liebermann von Sonnenberg in seiner Vaterstadt das Referat übernommen hatte und wo von der Leitung dieser Versammlung im voraus darauf hingewiesen wurde, daß diejenigen, die bei einem Kaiserhoch sitzen bleiben wollten, das ruhig tun sollten. Als dies aber geschah, wurde nachher von antisemitischer Seite der Versuch gemacht, die Betreffenden wegen Majestätsbeleidigung zu denunzieren. Herr Baudert erinnerte auch daran, daß unter dem Sozialistengesetz in Berlin es den Sozialdemokraten unmöglich war, in Versammlungen zu sprechen, weil sie jedesmal von Antisemiten daran verhindert wurden. Der Redner meinte, es sei auch bekannt, daß sich die antisemitischen Handlungsgelassen vor allem dadurch auszeichneten, daß sie die Versammlungen von Handlungsgelassen anderer Vereinigungen systematisch sprengten. In den Jahren 1893-1898 hätten sich besonders in Sachsen die Antisemiten in der Sprengung sozialdemokratischer Versammlungen hervorgetan. Bei der letzten Eisenacher Wahl im November vorigen Jahres hätten sie eine Versammlung unter falscher Flagge einberufen, indem sie sich als Vertreter der vereinigten nationalen Parteien ausgaben und so die Wählermassen beschwindelten, da doch die Nationalliberalen ebenso wie die Freisinnigen ihre besonderen Kandidaten aufgestellt hätten. Die Antisemiten hätten längst den Befähigungsnachweis, daß sie es verstehen, die Versammlungsfreiheit zu zerstören, erbracht.

Der Abg. Bernstein wies daraufhin, daß der antisemitische Antrag auf Kürzung der Versammlungsfreiheit gerade durch die Eisenacher Vorfälle veranlaßt worden sei. Es wäre nun deswegen höchst interessant zu lesen, was die nationalliberale Eisenacher Zeitung vom 5. November, also vor jener Versammlung, die diesen Antrag im Reichstag verurteilte, über eine antisemitische Versammlung im Zivoli berichtete, wo ein Nationalliberaler, der gegen die parteiische Geschäftsführung des Vorsitzenden Protest erheben wollte, angefordert wurde, binnen 5 Minuten den Saal zu verlassen. Als er sich wieder zum Wort meldete, habe ihm Herr Liebermann v. Sonnenberg zugerufen: „Sie kennen wohl den Paragraphen vom Hausfriedensbruch nicht“ und ein jüngerer Antisemit wollte sogar Hand an den Nationalliberalen legen.

Abg. Schrader warf den Antisemiten vor, daß sie die Versammlungen in höherem Maße als bisher unter Polizeiaufsicht stellen wollten, und daß sie den Vorsitzenden zum Polizeibeamten machen wollten. Abg. Sindermann wußte mitzuteilen, daß die Antisemiten im Königreich Sachsen auf das skrupelloste Versammlungen führten und Sprengkolonnen organisierten. Früher hätten die sächsischen Antisemiten Sozialdemokraten, die sich in ihren Versammlungen zum Worte meldeten, von der Rednertribüne heruntergeworfen. In einem anderen Wahlkreise Sachsens hätten sie den sozialdemokratischen Kandidaten schon auf dem Wege zur Versammlung mit Steinen geworfen.

Abg. Stücklen lieferte folgende Charakteristik: Auf dem Anschlag für antisemitische Versammlungen prangt das Wort: „Volle Redefreiheit“. Das geschieht, um die Versammlung voll zu bekommen. Dann reden aber ein paar antisemitische Redner hintereinander oder einer mehrere Stunden lang. Erst dann kommt ein Gegner zum Wort mit 10 Minuten Redzeit. Man kann in 10 Minuten

natürlich nicht alles widerlegen was in 1-2 Stunden gesagt wird. In den antisemitischen Zeitungen heißt es dann aber: „Der Gegner wurde gründlich abgeföhrt.“ Herr Stülcken meinte, die Antisemiten hätten lieber direkt branntagen sollen, daß sich der Vorsitzende einer Versammlung eine Pöbelhaube auf den Kopf setze.

Der Abg. Horn wußte aus seiner Versammlungspraxis mitzuteilen, daß man ihn in antisemitischen Versammlungen nie länger als 5 Minuten habe reden lassen. Mit Steinen und saulen Äpfeln hätte man nach ihm und seinen Parteifreunden geworfen. Das seien so antisemitische Kunststücke.

Abg. Hoffmann-Berlin war der Ansicht, daß die antisemitische Partei in bezug auf den Verkehrston in ihren Versammlungen noch nicht aus den Flegeljahren herausgekommen wäre. In einer Versammlung, wo der antisemitische Führer Jztraut sprach, hätten die antisemitischen Teilnehmer große Steine in Taschentücher gebunden mitgebracht. Herr Jztraut stand, erzählte Herr Hoffmann, auf einem Stuhl am Fenster und gab jedesmal das Signal, wenn ein sozialdemokratischer Redner sprechen wollte. Dann wurden Wieder angestimmt wie: „Feil dir im Siegerkranz“, „Nun danket alle Gott“ usw. Herr Liebermann von Sonnenberg, dem er in einer Versammlung zugerufen hatte, „Chrenschneier“, habe ihm mit 3 Monaten Gefängnis wegen Hausfriedensbruchs gedroht. In den 80er Jahren hätten die antisemitischen Versammlungen in Berlin mit einem Hoch auf den Kaiser begonnen und mit „Juden raus“ geendet — sowie bei der Kaiserpomade draußen auf dem Deckel das Bild des Kaisers und innen reiner Schund ist (große Heiterkeit). 1890 wäre von antisemitischen Bergbeamten unter sozialdemokratischen Bergleuten in der gemeinsten Weise ein Blutbad angerichtet worden.

So besaßen war das Bild, daß die Sozialdemokraten von der Freiheit und Loleranz in antisemitischen Versammlungen entworfen. Die Antisemiten rebanchierten sich und zeichneten von der sozialdemokratischen Versammlungsfreiheit gleichfalls ein ungezeichnetes Porträt.

Herr Liebermann von Sonnenberg schilderte eine Versammlung, die er am 1. Mai 1900 in Bönrad abgehalten hatte. Die Versammlung war von 5 Personen angemeldet und das Lokal war vorfristig Weise vorher zugesperrt worden. Die Sozialdemokraten hatten die Türen bereits besetzt, und in dem Augenblicke, wo die Antisemiten hineingingen, drangen die Sozialdemokraten nach, belegten alle Plätze, und die Landleute, die in großer Zahl dastanden, kamen in das Lokal nicht hinein. Die Ueberwachung war sehr stark. Die Sozialdemokraten verlangten Bureauwahl. Die Antisemiten verweigerten sie und der Vorn nahm kein Ende. Endlich begann Liebermann zu sprechen und der sozialdemokratische Führer Rüdelt mit ihm gleichzeitig zu sprechen. Die Versammlung führte schließlich zur Auflösung.

Grade unter dem Vorgeben, daß eine Bureauwahl gesetzlich bestimmt sei, unternehmen die Sozialdemokraten, meinte Herr Liebermann von Sonnenberg, immer von neuem Sprengungen. Das habe er ziemlich oft erlebt. Er habe auch festgestellt können, daß die Sozialdemokraten selber garnicht wußten, was denn eine Bureauwahl überhaupt sei; so in Danzig, wo die Sozialdemokraten wie besessen schrien: „Hallo, Bureauwahl!“ Dabei sei gesetzliche Bureauwahl nur in Baden und Sachsen vorgeschrieben.

Die Sozialdemokraten pflegen, so führte Herr Liebermann von Sonnenberg weiter aus, nicht immer, aber häufig, die ihnen gewährte Redefreiheit ins Endlose zu mißbrauchen, und wenn eine Erweiterung erfolgen soll, einfach unter Beschrei und Abfingung der Marxeilasse den Saal zu verlassen und so zu verhindern, daß vor ihren Anhängern wiederlegt wird, was sie vorgebracht haben. In Eisenach standen die Sozialdemokraten vor und in dem Livoli und machten sich des Landfriedensbruchs, des gemeinsamen Hausfriedensbruchs, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Bedrohung mit Verbrechen schuldig. Sie waren in das Livoli eingedrungen, hatten die Schutzleute gegen die Wand gedrängt, Fenster eingeschlagen, eine rote Fahne enthielt — es war übrigens nur ein roter Lappen, ein größeres Taschentuch — den Kandidaten Schand mit Taschschlag bedroht und alles kurz und klein geschlagen. Dann waren sie vor das antisemitische Parteilokal, den Thüringer Hof, gezogen und in das Lokal gewaltsam eingebracht, nachdem sie die Türen eingeschlagen hatten. Dort entfalteten sie ebenfalls eine rote Fahne und brachten Hochrufe auf die Revolution und auf Rußland aus. Am Stichtagswahltag erneuerten sie ihre Heldentaten, und die Ausschreitungen nahmen noch größeren Umfang an.

Zu einer anderen Versammlung hatte die antisemitische Partei Einladungskarten, auf den Namen lautend, durch die Post versandt. An der Türe präsentierten aber der Kontrolle eine Masse von Leuten Karten, die ihren Namen vergessen hatten, denn auf die Frage: „Wie heißen Sie?“ wußten sie nichts zu antworten. Dadurch war der Nachweis geliefert, daß sie unberedigtgerweise in den Besitz der Karten gekommen waren.

Der Abg. Vattmann erzählte, daß ihm in Wessungen sozialdemokratische Mauerer mit Steinen gegenübertraten, so daß seine Freunde den Revolver ziehen mußten. In Kassel waren in einer Versammlung, wo er über die Fleischnot sprach, sozialdemokratische Arbeiter mit aufgetrennten Hundsdärmen zu ihm auf das Podium gesprungen, so daß er unter Zurücklassung seines Hutes schleunigt das Weite suchen mußte. Bei den Eisenacher Krawallen hätten die

Sozialdemokraten die Führer der evangelischen Arbeitervereine so behaupten, daß sie tagelang mit diegeschwollenen Ängern umherliefen. Die Sozialdemokraten hätten in Eisenach auch einen Schuchmann hinausgeworfen, und die verhafteten Sozialdemokraten führten zum größten Teil Schlagringe und Stöcke bei sich.

Es wäre schade, diesen Steckbriefen, die sich die Herren Sozialdemokraten und Antisemiten gegenseitig ausgestellt haben, ein Wort hinzuzufügen. Dadurch könnte der erhebende Eindruck des Gesamtbildes nur abgeschwächt werden. In jener denkwürdigen Reichstagsverhandlung, wo diese schmutzige Wäsche gewaschen wurde, gab es eigentlich für anständige Politiker nur einen Mittelpunkt, und das war die Schilderung der Versammlungsfreiheit im liberalen England.

Der Abg. Bernstein, der diese Schilderung entwarf, mußte notgedrungen anerkennen, daß wirkliche Versammlungsfreiheit nur in solchen Staaten herrscht, die, wie die Schweiz, England und Amerika die liberalen Programmforderungen nach einem toleranten Versammlungs- und Vereinsrecht verwirklicht haben.

Die Lage der Eisenbahner Preußens.

Nebe unseres Verbandsredakteurs Abgeordneten Karl Goldschmidt im Abgeordnetenhaus am 16. März 1906.

Goldschmidt, Abgeordneter (freis. B. V.): Meine Herren, ich muß das Hohe Haus bitten, einige Rücksicht zu haben, wenn ich meine Ausführungen nicht so knapp zusammenbringen kann (oh, oh!), wie ich das selbst gern wünschen möchte. Es ist Ihnen bekannt, daß mir bei der zweiten Lesung, als ich über die Arbeiter- und Beamtenverhältnisse sprechen wollte, das Wort abgeschnitten wurde. Ich will aber trotzdem den ersten Versuch machen, die gebührende Rücksicht zu nehmen auf den Umstand, daß wir uns in der dritten Lesung befinden, und will nur das sagen, was ich unbedingt sagen muß.

Meine Herren, ich habe diesmal die große Freude, daß auch vom Regierungstische aus eine Reihe von Zusätzen für soziale Verbesserungen der Eisenbahnerverhältnisse gemacht worden sind, für die auch ich seit vielen Jahren hier im Hause gekämpft habe. Als ich zum allerersten Mal eine Reihe von Forderungen, die zum Teil jetzt Zusage erfahren haben, hier im Hause zum Vortrag vorbrachte, da fand ich bei der übergroßen Mehrheit, insbesondere auch bei der Eisenbahnverwaltung unter Herrn v. Tzielen, den allerheftigsten Widerspruch. Ich freue mich, daß es unter dem neuen Minister Herrn v. Budde möglich geworden ist, für diese praktischen Ideen Verständnis zu verbreiten und manches davon durchzuführen.

Meine Herren, dazu rechne ich an erster Stelle die Einführung eines Urlaubs. Der Urlaub für Eisenbahner, die jahraus, jahrein in angestrengter Tätigkeit stehen, ist eine Notwendigkeit. Zahlreiche Gemeindeverwaltungen und Private sind mit der Gewährung von Urlaub vorgegangen, so die Stadt Berlin, die ihren Arbeitern einen Urlaub von einer Woche nach fünfjähriger Beschäftigung gewährt bei voller Zahlung des Lohnes. Ich möchte die königliche Staatsregierung bitten, die Frist für die Gewährung des Urlaubs auf eine nicht allzu lange Dienstzeit auszuweihen und nicht vielleicht, wie es bräuchlich ist, erst nach zehnjähriger Tätigkeit den Urlaub zu gewähren, sondern doch möglichst auch nach längstens fünfjähriger Tätigkeit.

Meine Herren, dann ist die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit von großer Bedeutung; es hat mir aber herzlich leid getan, daß die königliche Staatsregierung dahin gedrängt wurde, diesen bedeutamen sozialen Schritt geradezu vor dem Hohen Hause noch entschuldigen zu müssen. Es ist eine soziale Großtat, die hier die Eisenbahnverwaltung unter Führung des Herrn Ministers vollzogen hat, für die sie alle Anerkennung verdient, jedenfalls aber keinen Vorwurf. Einen solchen Vorwurf hat man ihr gemacht, und sie hat daraufhin erklären müssen, daß die Sache an sich ja gar nicht so schlimm sei, daß ja eine effektive Arbeitszeit von neun Stunden in Betracht komme, daß alle Pausen in Anrechnung kämen usw., so daß eine so erhebliche Verbesserung überhaupt nicht in Betracht käme. Durch diese Erklärung ist zweifellos die Freude an diesem großen Werke etwas getrübt worden, aber damit muß man ja rechnen. Ein großer Teil dieses Hauses will eben von solchen sozialen Verbesserungen nichts wissen und ist dann nachher natürlich der Verwaltung gram, wenn sie entgegen diesem Willen doch solche Verbesserungen vornimmt.

Meine Herren, es ist auch mit Freude zu begrüßen, daß den unteren Beamten Zuschüsse für die Kleiderbeschaffung gewährt werden sollen. Die Bemängelungen aber, die insbesondere von rechter Seite gegen die Maßnahmen der königlichen Staatsregierung in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit hier vorgetragen wurden, richteten sich dann auch gegen die Maßnahmen der Verwaltung bezüglich der Verbesserung der Löhne. Da hat der Herr Kollege v. Bodelberg in der zweiten Lesung gesagt:

Wir haben fortgesetzt das größte Interesse daran, die Lohnsätze, welche von der Eisenbahnverwaltung bewilligt werden, zu verfolgen, und ich möchte namens meiner politischen Freunde dem Herrn Minister ausprechen, daß er mit außerordentlicher Vorsicht auch fernerhin bei den Lohnverhandlungen vorgehen und die erforderliche Rücksicht nehmen möge auf die anderen Betriebe, wie die der Landwirtschaft und Industrie.

für die mit den Rettungsarbeiten beschäftigten deutschen Arbeiter. Die Eisenbahn habe aber die Beförderung als Eilgut abgelehnt und die Planken nur als Frachtgut angenommen.

Weider gibt das genannte Blatt nicht an, aus welchem Grunde die Eisenbahnbeamten die befremdliche Entscheidung trafen. Wenn es nicht Bürokratismus war, so dachten sie vielleicht, daß die Verschlitterten längst tot und die Rettungsarbeiten deshalb nicht so eilig wären. In beiden Fällen wird die Maßnahme im Volke sehr wenig Verständnis finden.

Arbeiterbewegung. In Nürnberg sind die Schuhmachergehilfen in eine Lohnbewegung eingetreten, um einen verbesserten Lohn tarif durchzusetzen. Die Forderungen sind: 10 stündige Arbeitszeit; Bei Ueberstunden an Wochentagen soll ein Aufschlag von 10 Pfg., für Sonntagsarbeit ein solcher von 20 Pfg. gezahlt werden; der Mindestlohn für Gehilfen nach beendigter Lehrzeit soll 16 Mk., für solche über 18 Jahre 18 Mk., und für alle über 20 Jahre 21 Mk. betragen. Wenn die Arbeit nach Stunden berechnet wird, soll als Mindestlohn für Gehilfen unter 20 Jahren 32 Pfg. und für solche über 20 Jahre 35 Pfg. gezahlt werden; bei orthopädischen Arbeiten ist der Stundenlohn mit 45 Pfg. festgelegt worden. Für die in der Heimindustrie hergestellten Artikel soll ein Aufschlag von 15 Prozent gezahlt werden. Da die Schuhmacher-Innung die Annahme des Lohns abgelehnt hat, wird es jedenfalls zum Streit kommen. — Die Fabrik Schuhmacher und Schäftmacher in Frankfurt a. O. haben Ende vergangener Woche ohne Innehaltung der Rindigungsfrist die Arbeit niedergelegt. Die bestehende 10 stündige Arbeitsdauer soll in eine 9 stündige verkürzt werden. Ohne in Verhandlung mit der Arbeiterorganisation einzutreten, verweigerten die Fabrikanten jede Arbeitszeitverkürzung. — Bei der Eiderwerk in Lönning waren die Rieter in den Ausstand getreten, weil denselben ein höherer Lohn für Ueberstunden verweigert wurde. Nachdem ihnen die geforderte Lohnhöhung bewilligt worden war, kehrten sie zur Arbeit zurück. — Von der Lohnbewegung der Bergarbeiter im schlesischen Braunkohlenrevier wird uns berichtet: Die Lage wird ernst. Zum dritten Male wurde die Lohnkommission mit ihren Forderungen vorstellig; die Bergarbeiter wollen von einem Minimallohn absehen. Die Direktion aber ist für Zugeständnisse nicht zu haben, und erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, die gesamte Belegschaft sofort wieder ansahen lassen zu können. Wenn ein Durchschnittslohn von 3,48 Mk. für den Pauer in Aussicht gestellt wird, so bedeutet dies nur eine Erhöhung um 7 Pfg., deren sich aber nur wenige erfreuen würden, da die Leistungen dabei noch mitreden. Diese zugesicherte Lohnhöhung entspricht auch nicht der ganzen wirtschaftlichen Lage. Die Arbeiter verharren deshalb auf ihren Forderungen und wollen nunmehr das Hl. Oberbergamt um Vermittlung anrufen. Die Zahl der Streikenden beträgt gegenwärtig 2500. — In Düsseldorf haben die Bauhandwerker den Arbeitgebern einen neuen Lohn tarif eingereicht. Sie verlangen 9 stündige Arbeitszeit und Stundenlöhne von 80 Pfg. für Maurer, 55 Pfg. für Bauhilfsarbeiter und 65 Pfg. für Zementreue. — Die Tapezierer in Karlsruhe verlangen folgende Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen: 15 Prozent Aufschlag auf die bestehenden Löhne und für die jüngeren Arbeiter einen Mindestlohn von 40 Pfg., für ältere einen solchen von 47 Pfg. pro Stunde. — Der Streit in der Fahrzeugfabrik in Eisenach ist mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. — Die Lohnstreitigkeiten in der Eisenacher Kammergarnspinnerei haben gleichfalls einen befriedigenden Abschluß gefunden. Es konnte ein Lohn tarif abgeschlossen werden, der neben einer durchgängigen Lohnaufbesserung eine Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 3 Stunden vorsieht und bis zum 1. April 1907 Gültigkeit hat. — Die Textilarbeiter in Mülhausen (Elsaß) beharren noch im Lohnkampfe. Sie haben ihre Forderung auf 10 Prozent Lohnhöhung und Anerkennung des Arbeiterausschusses herabgesetzt. Auf Grund dessen dürfte eine Verständigung hoffentlich bald erreicht werden. — Im Braunkohlenrevier von Weisensfels-Beig-Neufelwiz-Ludena ist es zum offenen Streit gekommen, weil die Grubenbesitzer sich nicht entschließen konnten, vorher mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Von 8000 Arbeitern ist die Hälfte jedoch wieder angefahren, trotzdem in den Versammlungen der Streit mit großer Mehrheit beschlossen war.

Zunehmende Generierung. Nach amerikanischem Vorbilde haben sich sämtliche Preßkohlenwerke Deutschlands zu einem Ringe zusammengeschlossen, um für das laufende Wirtschaftsjahr eine Generierung ihrer Erzeugnisse durchzuführen. Betroffen wird von dieser Maßnahme nicht die Großindustrie, wohl aber das Kleingewerbe und namentlich die privaten Haushaltungen. Die in den nächsten Monaten zu erwartende Preissteigerung bedeutet daher einen schweren Schlag namentlich für die Arbeiterfrauen, die sowieso schon ihre Ersparnisse mehrmals umzubringen pflegen, ehe sie sie ausgeben.

Die getroffenen Abmachungen der Preßkohlenwerke Deutschlands schließen für die Zukunft von dem direkten Abbezuge aus: Einkaufsgenossenschaften, allgemeine Konsumvereine, Wohlthätigkeits-, Bau-, Spar-, Hausbesitzer-, politische und konfessionelle Vereine sowie sonstige Wirtschaftsgenossenschaften aller Art. Nur an solche Vereine darf noch ohne Vermittlung des Zwischenhandels von den Gruben

direkt geliefert werden, deren Mitglieder in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis untereinander oder in dem Verhältnis einer wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit stehen, d. h. die gleiche Erwerbstätigkeit bei einem Unternehmeu oder bei einer Behörde ausüben. Dabei ist eine ziemlich eingehende Kontrolle vorgezehen. Der Besteller muß nicht nur den entsprechenden Nachweis führen, daß er selbst der Bevollmächtigte des Vereins ist, sondern auch, daß die bestellten Kohlen ausschließlich für die Mitglieder des betreffenden Vereins und nicht etwa für deren Verwandte und Freunde Verwendung finden. Sonst dürfen nach den Vereinbarungen des Preßkohlenrings die Werke von jetzt ab ihre Erzeugnisse nur noch an die Großhändler abgeben. Diesen sind ebenfalls verschiedene Bedingungen gestellt, deren entsprechende Befolgung allerdings in ihrem eigenen Interesse liegt. Den Kleinhändlern werden sogar die Verkaufspreise vorgeschrieben, und dabei ist die Bestimmung vorgezehen, daß demjenigen Detailverkäufer, der sich etwa über die Konventionsbestimmungen hinwegsetzt oder einem von dem Ring konfittierten Kollegen Ware überläßt, künftig keine Preßkohlen mehr geliefert werden dürfen.

Trozkiger tritt das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat auch kaum seinen Abnehmern gegenüber auf.

Ein anderes Zeichen für die Not der Zeit ist der zunehmende Pferdefleischverbrauch in Berlin. Der Schweine- und Rindermangel und die dadurch bedingte Fleischverknappung haben bewirkt, daß der normale Lebenslauf eines Berliner Pferdes nicht mehr in einer Abzederet, sondern in einer Fleischnetzerei abschließt. Gegenwärtig werden manchen Monats schon an die 1400 Pferde geschlachtet. Es soll nun natürlich nicht behauptet werden, daß Köstlich an sich weniger zuträglich oder weniger nahrhaft als anderes Fleisch ist. Doch muß berücksichtigt werden, daß meist alte, jehnige Tiere zur Schlachtung kommen, was bei Kindern und Schweinen befallig nicht der Fall ist. Nach den Berichten der Berliner Zentral-Kochschlachterei gelangten im Jahre 1903 im ganzen nur 11 218 geschlachtete Pferde zum Verbrauch, im Jahre 1904 war die Zahl der geschlachteten und zum Verbrauch gelangten Pferde sogar nur 10 776, aber im Jahre 1905 ist sie auf 12 890 emporgeklommen. Für 1905 stellt sich das Mehr gegen 1903 auf fast 1700 Pferde, gegen 1904 sogar auf volle 2100 Pferde. Vom vorletzten zum letzten Jahr macht das eine Zunahme von rund 20 pCt. Und für Januar 1906, über den nun gleichfalls die Statistik vorliegt, stellt sich das Mehr gegenüber dem Januar 1905 auch wieder noch auf rund 28 pCt. (diesmal 1231 Pferde gegen 963 Pferde im Januar vorigen Jahres). Bei allen diesen Angaben sind übrigens die vom Tierarzt beanstandeten und zurückgewiesenen Pferde nicht mitgezählt.

Ein Volkshaus bauen sich die Sozialdemokraten in Köln am Rhein.

In dieser Heimstätte wird auch eine Kneipe eingerichtet. Da es heutzutage auch Bruder Straubinger ganz gern hat, statt der Strohhäcke auf möglichst guten Matratzen zu ruhen, sollen auch die Betten des neuen Kölner Volkshauses solche erhalten. Bei der Vergebung der Volkshausmatratzen und ihrer Fertigstellung ereigneten sich nun Begebenheiten, die schon unzählige Male bei Gründungen konstatiert wurden, an denen die Sozialdemokratie als Unternehmer beteiligt war. Es wird uns darüber folgendes berichtet:

Ein großer Teil der inneren Ausstattung des Volkshauses, unter anderem eine enorme Anzahl kompletter Betten, wurde dem Warenhaus Leonhard Tieg übertragen. Die Firma stellt die Polsterwaren in eigener Werkstatt her, beschäftigt jedoch, da sie den im Tapezierergewerbe bestehenden Tarif nicht einhielt, keine organisierten Arbeiter. Die Vergebung geschah auf das Urteil eines führenden sozialdemokratischen Tapeziers hin, welcher bei der Sichtung der Mustermatratzen erklärte, er könne nicht begreifen, wie die Firma die Arbeiter in Ausführung des Auftrags zu einem so billigen Preise liefern könnte. Sozialdemokratische Tapeziermeister, sowie Firmen, welche tarifmäßige Löhne zahlen, wurden nicht berücksichtigt. Angehlich wegen des billigen Preises, machte die Firma ihren Gehilfen bei den Volkshaus-Matratzen noch ganz erhebliche Abzüge, die jedoch wieder zurückgenommen wurden. Trotz der Schwierigkeiten gelang es, einige der bei der Firma beschäftigten Tapezierer der Organisation zuzuführen. Als dieses der Arbeitgeber erfuhr, entließ derselbe die organisierten Gehilfen. In einer sozialdemokratischen Versammlung, wo obige Tatsachen festgestellt wurden, kam eine allgemeine Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß gerade die Firma Tieg die Arbeiten erhielt, während die Parteigenossen, die für die sozialdemokratische Bewegung Arbeit gebracht, und antänbig zahlende Firmen genügend vorhanden waren. Interessant waren auch die Mitteilungen einer Kölner Parteigenöge, der Vertreter der Firma habe ihm erklärt, der Volkshaus-Kommission ausdrücklich gesagt zu haben, bei den niedrigen Preisen die tarifmäßigen Löhne nicht zahlen zu können. Die Volkshaus-Kommission entschuldigte ihre Handlungsweise damit, daß die Vergebung von Arbeiten ein Geschäft sei und geschäftsmäßig behandelt werden müsse. Ob bei dieser geschäftsmäßigen Behandlung die Arbeiter auf ihre Rechnung kommen oder nicht, das ist der einzig wahren Vertreterin der Arbeiterinteressen ganz schimpflich, wenn sie selbst nur ein Geschäft dabei macht. Wir erinnern uns übrigens, vor kurzer Zeit auf einer Sammelliste für das sozialdemokratische Volkshaus auch die Firma Leonhard Tieg mit 200 Mk. verzeichnet gefunden zu haben.

Alle Arbeiter, für deren Beruf Tarife abgeschlossen sind, dringen darauf, daß Privatpersonen, städtische oder staatliche Behörden bei Vergebung von Arbeiten auf der Innehaltung der Tarife seitens der Lieferanten bestehen. Hier aber erlebt man das eigenartige Schauspiel, daß die Partei, die sich so gern als die alleinige Vertreterin

Im Stenogramm steht hier ein „Sehr richtig! recht“ vermerkt. Und dann fährt Herr v. Bodelberg fort:

Ich glaube, meine Herren, sagen zu können, daß schon die letzten außergewöhnlichen Lohnerhöhungen eine gewisse Erregung in diesen Kreisen hervorgerufen haben, und speziell handelt es sich bei der Landwirtschaft sehr häufig um eine Konkurrenz, welcher diese in ihrem Betriebe nicht gewachsen ist.

Meine Herren, diese Äußerungen und daß sie noch die Zustimmung auf der rechten Seite gefunden haben, wundern mich. Ich muß doch sagen, daß die Lohnverbesserungen, wie sie in der Eisenbahnverwaltung vorgenommen worden sind, einmal dringend notwendig waren, und zweitens doch auch nur mit der von Herrn v. Bodelberg gewünschten „außerordentlichen Vorsicht“ unternommen worden sind; mir viel zu vorsichtig! Das will ich so verstehen, daß in der Tat die Lohnverbesserungen bei weitem noch nicht die notwendige Rücksicht auf die inzwischen eingetretene erhebliche Verteuerung der Lebenskosten genommen haben.

Sie brauchen, meine Herren, nur einmal in die Druckfache Nr. 26 auf Seite 193, 199 und 200 Einsicht zu nehmen. Da sind die Durchschnittslöhne für Gehilfen, Hilfsbedienstete und Arbeiter bei den Eisenbahnen angegeben, und zwar für 10 Jahre. Vom Regierungsjahr ist bereits am Sonnabend darauf hingewiesen worden, daß die Durchschnittslöhne in dem Zeitraum vom Jahre 1896 bis 1906 sich erhöht hätten. Die neueren Ziffern sind mir nur aus diesen Bemerkungen des Herrn Ministerialdirektors bekannt geworden, aus den Druckfachen waren sie noch nicht zu ersehen. Ich brauche nur auf diese zu verweisen und die Zahlen also nicht besonders zu wiederholen.

Aber ich möchte doch einmal vor dem Hause die Vergleiche kurz erörtern, die sich einem bei dem Studium dieser hier gedruckt vorliegenden Lohnnachweisungen aus den 10 Jahren von 1895 bis 1904 aufdrängen. Da ist verzeichnet, daß die Hilfskräfte im inneren Dienst — dazu gehören die Hilfsfahrartenbruder, Hilfsstassenbener, Hilfsbureaubediener, Hilfsmagazinaufseher usw. — im Jahre 1895 für ein Tagewerk einen Durchschnittslohn von 2,40 Mk. hatten; dieser Lohn ist dann im Jahre 1904 auf 3,25 Mk. gestiegen. Dann kommen die Hilfskräfte im unteren Bahnhofs- und Abfertigungsdienste. Dazu gehören die Hilfsstabenmeister, Hilfsfahrartenausgeber, Hilfsstelegraphisten, Hilfsweichensteller, Hilfsstranmeister und Hilfsstranwärter, Hilfsrangiermeister usw. Für diese betrug der Durchschnittslohn im Jahre 1895 2,33 Mk. und im Jahre 1904 2,74 Mk. für ein Tagewerk. Für die Hilfskräfte im unteren Bahnbau- und Bahnunterhaltungsdienste betrug der Durchschnittslohn für ein Tagewerk im Jahre 1895 1,64 Mk. und im Jahre 1904 2,17 Mk. Dann kommen die Hilfskräfte im Lokomotiv-, Maschinen- und Wagenmeisterdienst. Zu ihnen gehören die Hilfsheizer, Hilfsmaschinenwärter und Hilfswagenmeister. Ihr Lohn ist von 2,52 Mk. im Jahre 1895 auf 2,69 Mk. im Jahre 1904 hinaufgegangen. Die Hilfskräfte im Zugdienste (Hilfsbremser, Hilfswagenwärter usw.) hatten im Jahre 1895 einen Durchschnittslohn von 1,92 Mk. und im Jahre 1904 einen solchen von 2,35 Mk. Die Arbeiter im inneren Dienste (Steindruder, Atzenheiter usw.) hatten im Jahre 1895 einen Durchschnittslohn von 2,53 Mk. für ein Tagewerk und im Jahre 1904 einen solchen von 2,80 Mk. Die Betriebsarbeiter (Bahnhofs- und Güterbodenarbeiter, geladene Gepäckträger, Kohlenlader, Wasserpumper usw.) hatten im Jahre 1895 einen Durchschnittslohn von 2,32 Mk. und im Jahre 1904 einen solchen von 2,76 Mk. Die Bahnunterhaltungsarbeiter mit Einschluß der Arbeiter der Oberbau- und Baumaterialienmagazine usw. hatten im Jahre 1895 einen Durchschnittslohn von 1,99 Mk. und im Jahre 1904 einen solchen von 2,34 Mk. Wir haben hier doch bereits eine große Zahl verschiedener Gruppen, und Sie finden, daß der Durchschnittslohn bei den meisten — vielfach sogar erheblich — unter 3 Mk. pro Tag auch noch im Jahre 1904 betragen hat.

Dann kommen die etwas besser, aber doch schlecht bezahlten Kategorien. Die Hilfskräfte im unteren Werkstättendienste erhielten im Jahre 1895 einen Durchschnittslohn von 2,71 Mk. und im Jahre 1904 einen solchen von 3,09 Mk. Die Werkstättenvorarbeiter verdienten im Jahre 1895 4,06 Mk. und im Jahre 1904 4,29 Mk. Die Werkstättenhandwerker hatten im Tagelohn 2,99 Mk. im Jahre 1895 und 3,65 Mk. im Jahre 1904. Im Stücklohn erhöhte sich ihr Einkommen in 1895 von 3,95 Mk. auf 4,16 Mk. in 1904. Hier kommt ja nun in Betracht die sehr vernünftige Maßregel, daß die Beschränkung, die bisher bestand, die meines Wissens allerdings auch erst vor einigen Jahren unter Herrn v. Tschelen eingeführt worden ist, daß die Akkordarbeiter nicht mehr als 150 pCt. des Tagelohnes verdienen durften, nun beseitigt werden soll, daß die Arbeiter in ihrer Intelligenz und Kraftentwicklung arbeiten und verdienen können, was in ihnen ist. Das ist allerdings auch praktischer, als wenn man die Intelligenz, den Arbeitseifer und Fleiß in solche Fesseln schlägt, wie es bei der bisher bestehenden Beschränkung geschah. Ich habe die Beseitigung dieser Beschränkung wiederholt gefordert.

(Schluß folgt.)

Wochenchau.

Berlin, 27. März 1906.

In letzter Stunde richten wir hiermit nochmals an die Verbands-Genossen und Genossinnen die dringende Bitte, soweit dies noch nicht geschehen ist, das Abonnement auf das „Korrespondenzblatt“ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine zu erneuern bezw. zu bestellen. Wer durch die Tat beweisen will, daß er für seine Organisation auch einmal ein kleines Opfer zu bringen bereit ist, der darf hier nicht zurückbleiben.

Das Abonnement kann sowohl auf der zuständigen Postanstalt als auch beim Briefträger bestellt werden für 1,25 Mk. pro Quartal, wenn man das Blatt selbst von der Post holt. Bei freier Zustellung in das Haus durch den Briefträger sind für das ganze Quartal noch 24 Pfg. zu entrichten.

An einigen Orten ist es vorgekommen, daß der Postbeamte irrtümlicherweise für das Abonnement 1,50 Mk. und noch besonders 25 Pfg. verlangt hat. Wo dies geschieht, mögen unsere Kollegen die betreffenden Beamten auf den 5. Nachtrag der Postzeitungsliste aufmerksam machen, in dem die Änderungen der Abonnementbedingungen bekannt gegeben sind. Wo die Zustellung des Blattes nicht pünktlich oder nicht regelmäßig erfolgt, wende man sich beschwerdeführend in jedem Falle sofort an den Briefträger, wenn das nichts nützt, an die Postanstalt.

Einen klaren Angriff auf unseren Verbandsredakteur Abg. Goldschmidt leisten sich die Streikbrecher in der Redaktion des „Vorwärts“. Das Blatt denunziert unseren Kollegen, daß er bei der Verhandlung über das „Polizeigesetz gegen die Sozialdemokratie“, so wird von ihm die merkwürdige Novelle zur „Änderung“ des preussischen Wahlrechts genannt, die auch von uns scharf verurteilt worden ist, keine Rede gehalten hat. Diese Denunziation hätte keinen Sinn, wenn sie nicht unseren Kollegen vor der Arbeiterschaft verdächtigen wollte, daß er dieses Polizeigesetz billige. Abg. Goldschmidt war aber an dem Tage gar nicht im Abgeordnetenhaus anwesend, weil er einem Auftrage des Zentralrats gemäß außerhalb Berlins zu tun hatte. Die Reise war schon festgelegt, bevor die Novelle an das Haus kam, und konnte nicht mehr abgeändert werden, als die Novelle wenige Tage nach ihrer Einbringung auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei des Abgeordnetenhauses, welcher unser Redakteur angehört, hat aber durch zwei ihrer Redner, die Abgg. Fischbeck und Dejer, die Novelle scharf verurteilt. Unser Redakteur ist über den Verdacht erhaben, er könne das „elendeste aller Wahlsysteme“ billigen. Hand er doch noch bei der Staatsberatung so energische Worte gegen das preussische Wahlrecht, daß er dafür vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde.

Die Streikbrecher im „Vorwärts“ haben sich also mit ihrer Denunziation mächtig blamiert. Sie haben sich aber schon so oft blamiert, daß es ihnen auf eine Blamage mehr nicht ankommen kann. Können sie sich doch immer noch mit dem Sprüchlein trösten: „In der Welt ist nichts so dumm, Es findet doch sein Publikum.“

Der preussische „Wahlrechtsreform“ scheinen gefährliche Klippen nicht zu drohen, nach der Behandlung zu urteilen, den die beiden Regierungsentwürfe in der Kommission des Abgeordnetenhauses erfahren haben. Der Verzicht der Freisinnigen, Verbesserungen an den Gesetzentwürfen vorzunehmen, scheiterte an dem Widerstand nicht nur der Konservativen, sondern auch der anderer Parteien. Die Freisinnigen kündigten eine Resolution an: Den ersten Gesetzentwurf, welcher eine Vermehrung der Mitglieder des Hauses und eine Aenderung der Landtagswahlbezirke und Wahlorte vorsieht, abzulehnen und die Regierung aufzufordern, einen neuen Entwurf auf Grundlage des Reichstagswahlrechts einzubringen. Sie verlangten, daß über diese Resolution vorher debattiert werde. Dieser Antrag wurde aber mit allen übrigen Stimmen abgelehnt.

Darauf wurde zunächst der zweite, und dann der erste Entwurf der Regierung unverändert angenommen. Alle Änderungsanträge auf eine andere, gerechtere Wahlkreisenteilung wurden von der reaktionären Kommissionsmehrheit schlanke weg abgelehnt. Heute soll noch über die eingebrachten Resolutionen abgestimmt werden, was natürlich an dem Ergebnis nichts ändern wird. Auch im Plenum des Abgeordnetenhauses und im preussischen Herrenhause ist die Annahme der Vorlagen sicher, so daß Herr v. Bethmann-Hollweg schon heute für sich den Ruhm in Anspruch nehmen darf, der langersehnte preussische Wahlrechtsreformator zu sein.

Unter der Spitzmarke „Reißiger Bureaukratismus“ tritt der „Eberfelder Generalanzeiger“ mit, daß die Eberfelder Firma Limbach & Bonert am 12. März den telegraphischen Auftrag erhielt, 10 Flaschen Sauerstoff nach Courrières zu senden zum Gebrauche

der Arbeiterinteressen aufspielt, gegen diese Interessen auf das grösste verfährt. Bürgerliche Firmen werden, wenn sie so handeln, wie die Firma Tiez, sonst gewöhnlich kohlottiert. Wo es sich um eine Lieferung für das sozialdemokratische Volkshaus handelt, da wird es nicht so genau genommen. Sollte vielleicht der Auftrag an die Firma Tiez nur erteilt sein aus Dankbarkeit für die Spende von 200 Mk. für das Volkshaus? Es ist eine Schande, um dieser Gabe willen an den Arbeitern Verrat zu üben.

Der Vorfall mahnt folgende Reichsgerichtsentscheidung alle organisierten Arbeiter. Der Redakteur Staudinger des sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes „Steinarbeiter“ wollte den Steinbruchbesitzer Günther in Leipzig veranlassen, einen Kollegen namens Klostermann, von dem er glaubte, daß er von Günther gemährt worden sei, wieder einzustellen. Er schrieb nun über die von ihm vermutete Mährregelung Klostermanns einen heftigen Zeitungsartikel gegen Günther. Bevor er den Artikel abdruckte, sandte er ihn dem Unternehmer ein und deutete an, der Artikel würde nicht erscheinen, falls Günther seinen Arbeiter wieder einstellte. Der Steinbruchbesitzer ließ sich nicht in dieser Weise die Pistole auf die Brust setzen und stellte gegen Redakteur Staudinger Strafantrag wegen Erpressung.

Das Landgericht verurteilte auch wirklich den unvorsichtigen Gewerkschaftsbeamten zu 3 Wochen Gefängnis wegen verbotener Erpressung. Das Reichsgericht schloß sich der Begründung des Landgerichts an, indem es noch ausführte: „Der Angeklagte hat seine Absicht nicht auf Faktieren (Unterhandlung) gerichtet, sondern auf die Ausübung eines Zwanges auf den Gewerbetreibenden. Es ist festgestellt, daß der Angeklagte neben anderen Zwecken auch dem verfolgt hat, dem Klostermann zu der Stelle zu verhelfen, um diesen dadurch einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen.“

Wir wollen mit dem Reichsgericht nicht darüber rechten, ob die Drohung mit dem Abdruck eines Artikels im „Steinarbeiter“ eine Drohung im Sinne des Strafgesetzbuches ist. Nicht jede Drohung ist eine strafbare Handlung. Wenn man z. B. jemand droht, ihn nicht mehr grünen zu wollen, wenn er einem nicht willfährig ist, macht man sich doch sicherlich keiner Erpressung schuldig. Der Artikel im sozialdemokratischen „Steinarbeiter“ hätte objektiv Günther keinen Schaden getan. Diese rechtliche Auffassung mag aber auf sich beruhen bleiben. Für unsere Kollegen ist es wichtig zu wissen, wie die Juristen denken und sich darnach zu richten.

Der Enttäuschungsstreik der nordfranzösischen Bergleute über die verlorrene Grubentechnik, der man das Unglück von Courrières zuschreibt, ist anscheinend im Abklauen begriffen. Anfangs streikten über 50 000 Arbeiter. Die Zahl der Ausständigen vermindert sich aber zusehends. In den Streik werden, wohl oder übel, die beiden Bergarbeiterorganisationen gezogen: der alte und der neue Verband. Der letztere, der außer dem Schlagwort: 8 Stunden Arbeit, 8 Franken Tagelohn, 8 Stunden Schlaf, 8 Stunden Erholung auch noch die direkte Aktion auf seine Fahne geschrieben hat, schneidet bei dem Streik schlecht ab. Sein Vorsitzender, Brautcheur, erhielt wegen Aufreizung zwei Monate Gefängnis. Acht Mitglieder des neuen Verbandes wurden unter der Beschuldigung verhaftet, Dampfessel zerstört zu haben.

Die neue internationale Bergwerksgesellschaft von St. Avold hat den Hinterbliebenen der Opfer von Courrières 100 000 Mk. gestiftet. Der Berliner Oberbürgermeister nimmt Beiträge zu einer Ehrengabe für die deutschen Rettungsmannschaften in Courrières entgegen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1905.

Ortsverband Bitterfeld.

Der dazu berufen ist, die Tätigkeit des Ortsverbandes vom vergangenen Jahre niederzuschreiben, den übernimmt unwillkürlich ein tiefer Behauptungsgehalt, denn das Jahr entriß uns den treuen Führer und Gründer der Deutschen Gewerksvereine. Zu der Trauerfeierlichkeit hatte der Ortsverband den Kollegen Karl Schmeil-Sandersdorf nach Berlin beordert, um einen Kranz am Grabe niederzulegen.

Vertretersitzungen hielt der Verband 12 ab und 2 Ortsverbandsversammlungen. Dessenartige Versammlungen fanden statt am 22. Januar in Sandersdorf; Referent war Kollege Borath-Keipzig, welcher inzwischen einem Ruf nach Böhmen als Agitationsleiter gefolgt ist. Derselbe sprach über das Thema: „Warum müssen sich die Arbeiter organisieren?“ Am 29. Januar war in Bitterfeld eine öffentliche Versammlung, Kollege Schumacher-Berlin hielt Vortrag über das Thema: „Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und die Notwendigkeit der Berufsorganisation“. Am 26. Februar sprach in Sträßenhain Kollege Hoff-Keipzig ebenfalls über den Streik im Ruhrgebiet. Am 26. November fand eine Versammlung in Remmertshausen und sprach Referent Pulz, Bitterfeld, über: „Die sozialen Aufgaben der Deutschen Gewerksvereine“. Am 10. Dezember referierte in Sandersdorf Kollege Lehne-Keipzig über: „Warum müssen sich die Arbeiter den Gewerksvereinen anschließen?“ Diese Versammlungen waren zum Teil gut besucht und hinterließen alle einen guten Eindruck. Das Verbandsfest wurde am 21. Mai in Sträßenhain abgehalten. Die Festspreche hielt der Agitationsleiter

Pulz-Bitterfeld. Am 20. August feierte der hiesige O.-B. der Köpfer und Arbeiter sein 25. Stiftungsfest, bei welcher Gelegenheit Kollege Goldschmidt-Berlin die Festspreche hielt. Am gleichen Tage konnte der hiesige O.-B. der Schuhmacher und Lederarbeiter auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Noch erwähnt sei, weil es uns im vorigen Jahre nicht vergönnt war, unsern Tätigkeitsbericht veröffentlicht zu sehen, das 80jährige Bestehen des Ortsverbandes, welchen denkwürdigen Tag wir am 25. September feierlich begingen. Die Festspreche hielt Kollege Winter-Berlin. Erwähnt sei noch, daß zu diesem Tage unser Sekretär Karl Pulz jun. eine Festschrift verfaßt hat, welche die Geschichte des Ortsverbandes Bitterfeld und Umg. enthält. Dies Büchlein dient gleichzeitig als Dankesfestbuch gegen unsere treuen und arbeitsamen Vorgänger. An diesem Tage erhielt der Ortsverein das letzte persönliche Schreiben vom Verbandsanwalt. An einer von der Allgemeinheit veranstalteten Schillerfeier beteiligte sich der Ortsverein ebenfalls. Am Ende des Jahres wurde unser Kollege R. Lange zum Stadtverordneten gewählt.

Allen Verbandskollegen, welche die Interessen des Verbandes wahrgenommen haben, unseren besten Dank; möge im Neuen Jahre wieder ein frisches Leben durch die Gewerksvereine ziehen!

Karl Pulz jun., Sekretär.

Ortsverband Leipzig.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte im verfloffenen Geschäftsjahr 1905, in welchem 185 schriftliche Ausgänge und 65 Eingänge erfolgt waren, in 12 Vertretersitzungen und 5 engeren Ausschusssitzungen, welche gut besucht wurden. Ferner wurden abgehalten 4 Versammlungen. In der dritten war zu einem Vortrag der Kollege B. Berndt-Dresden gewonnen, welcher in seiner einhündigen Rede die Angelegenheit des Sächsischen Ausbreitungsverbandes darlegte. Eine kommittee Versammlung mit dem westlichen Verband beschäftigte sich mit der Gründung eines Arbeitsnachweises. Von drei öffentlichen Gewerksvereinsversammlungen fand die erste im Saale des „Sanssouci“ statt, wo Kollege Leuchter-Berlin über den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet referierte. In der zweiten sprach der Kollege Geyer-Berlitz über den Schuhmacherstreik, und in der letzten der Herr Dr. Kahn-Dresden über „Zweck und Ziele des Sächsischen Ausbreitungsverbandes“. Außerdem wurden noch 2 Vorträge gehalten: einer von Herrn Kaufmann S. u. n. über: „Japan“ und ein zweiter von Herrn Dr. Reinfisch über: „Baltische Tätigkeit und Entstehung der Gebirge“. Weiter beteiligten sich die Mitglieder an zwei optisch-polygraphischen Kunstvorträgen und an 25 Theater-Vorstellungen. Am 14. Oktober fand im Saale des „Sanssouci“ das Herbstvergüngen statt. Ferner wurden in beschränkter Anzahl noch Kunstgewerbe-Museen freier Art zu 8 Vorträgen unserer Kollegen zur Verfügung gestellt. Die Beteiligung an den Ortskrankenkassen- und Gewerbegerichtsahlen wurde für dieses Jahr aus bestimmten Gründen von den Vertretern abgelehnt. Unerwähnt darf nicht bleiben, daß der Verband seit längerer Zeit danach strebt, ein eigenes Lokal zu mieten, das den 1. April bezogen werden soll.

G. Hollmann, Schriftführer.

Ortsverband Brimkenau.

Erlebte wurden die Geschäfte in 3 Versammlungen und einer öffentlichen Gewerksvereinsversammlung. Am Anfang des Berichtsjahres wurde der jetzt hier bestehende Konsumverein für Brimkenau u. U. unter vielen Mühen, trotz der Gegenbestrebungen der hiesigen Kaufmannschaft, ins Leben gerufen und mit ca. 200 Mitgliedern eröffnet. Jetzt gehören dem Verein über 260 Mitglieder an, aber noch ist ein sehr großer Teil von Gewerksvereinsgenossen, welche noch ausstehen und den Nutzen des Konsumvereins noch nicht einsehen können. In der öffentlichen Versammlung, welche sich das Fortbildungsschulwesen zu fördern bemühte referierte Herr Gymnasialdirektor Dr. Langner-Sprottau in klarer Weise über die Schulbildung der breiten Masse von einst und jetzt. Nachdem sich die hiesigen Innungsmeister unserer eingeladenen Petition an den Magistrat angeschlossen hatten, ist die Errichtung einer Fortbildungsschule am hiesigen Ort vor kurzem genehmigt worden. Auch bei der im Herbst stattgefundenen Neuwahl der Stadtverordneten ist es uns gelungen, drei Gewerksvereinsgenossen unter den Stadtverordneten zu sehen, ein anderes Gewerksvereinsmitglied wurde zum Ratmann gewählt.

Somit die eigene Tätigkeit des Verbandes. Am Schluß des Jahres gehörten dem Verbands 4 Ortsvereine mit 308 Mitgliedern an.

Verbandsangelegenheiten, heißt das bis jetzt Gewonnene festhalten und weiter fördern dadurch, daß die Verbandsversammlungen besser besucht werden, denn allein kann der Vorstand dringende und wichtige Fragen nicht zum Abschluß bringen, wenn ihm nicht treue Genossen zur Seite stehen. Möchte es nun bei euch allen heißen: Herans aus der Ruhe, damit uns das Jahr 1906 noch mehr bringt als das alte verfloffene Jahr 1905.

S. u. n. St. a. h. n., Ortsverbands-Schriftführer.

Fenilleton.

Die Lehre vom geborenen Verbrecher.

Die naturwissenschaftlich-medizinische Erforschung der Verbrecher hat ergeben, daß bei manchen Menschen von einer freien Wahl zwischen gut und böse keine Rede sein könne. Diese Leute hätten keine Wahl. Sie müßten infolge ihrer körperlichen Veranlagung verbrochen handeln. Sie seien geborene Verbrecher.

Diese Lehre vom geborenen Verbrecher wird von der kriminalanthropologischen Schule vertreten, deren bekannter Begründer der Züriner Irrenhausdirektor Cesare Lombroso ist. Die man sich zu der Lehre vom geborenen Verbrecher stellt, ist eine Sache für sich. Jedenfalls gehört es zur allgemeinen Bildung, etwas Näheres über sie zu erfahren, und das allein ist der Zweck dieses Artikels.

Die Lehre vom geborenen Verbrecher steht auf dem Darwinistischen Standpunkte, daß die ganze organische Welt sich allmählich aus niederen Formen zu höheren Formen entwickelt hat.

Das größte Interesse erregte natürlich für die Lombrosische Schule die Zurückverfolgung der Menschenüberreste (Knochenfunde) in die vorgeschichtlichen Zeiten. Es ergab sich bekanntlich, daß die Ahnen auch der zivilisierteren Völker früher Kannibalentypus besaßen. Die Darwinische Theorie warf auch aufklärendes Licht auf die früher unerklärliche Tatsache, daß die Keimlinge höherer und niederer Tiere sich ähnlich sehen; daß höhere Tiere und selbst der Mensch in ihrer Entwicklung im Mutterleibe durch gewisse Formen hindurchgehen, die bei niederen Tieren lebend sind. Hat doch auch das Kind im Embryozustande u. a. Kiemenpalten. Man erkannte, daß die Entwicklung jedes Lebewesens, also auch des Menschen, die abgekehrte Wiederholung seiner Stammesgeschichte ist.

Nun kann es sich ereignen, daß durch krankhafte Vorgänge im Organismus der Eltern die Entwicklung des jungen, ungeborenen Lebewesens gestört wird. Es erfolgt dann die Geburt einer nicht bis zu Ende aufgereiften Frucht, die körperlich und geistig hinter dem Durchschnittskind zurückgeblieben ist. Ihm ist infolge der krankhaften Störung seiner Entwicklung das zivilisatorische Erbeil seiner letzten Ahnen vorenthalten geblieben. Das Kind stellt einen Rückschlag dar (Atavismus). Es sieht aus, wie einer seiner Ahnen in vorgeschichtlichen Zeiten einmal ausgesehen hat. So ein Kind ist der „geborene Verbrecher“, weil es in unsere Kultur nicht hineinpaßt.

Die Idee, daß der Atavismus der Verbrecher im Zusammenhang steht mit den Krankheitskeimen des ungeborenen Kindes, wird durch die Ettinghausenschen Entdeckungen vollständig bestätigt: Wenn wir z. B. eine Eichenwurzel durch Rinde teilweise töten, so bringt sie das nächste Jahr Blätter, welche nicht mehr dem modernen Eichenblatte, sondern jenem der tertiären Eiche (d. h. der Eiche vor vielleicht einigen hunderttausend Jahren) ähneln. Diese Tatsache erklärt das Erscheinen von ausgestorbenen vermischten Zwischenformen. Die entsprechenden Folgeerscheinungen, die die Rinde in der Eichenwurzel hervorruft, ruft im Menschen Epilepsie (Fallsucht) und Alkoholisismus (Trunksucht) hervor. Epilepsie ist oft die Folge von Trunksucht. Darnach spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Kinder nerdenfranker, namentlich epileptischer und alkoholischer Eltern zu Verbrechern heranlagern werden. Sie stellen die Hauptmasse der geborenen Verbrecher.

Wie sieht der geborene Verbrecher aus? 35 pCt. aller Verbrecher weisen zahlreiche, vom Normalen abweichende Merkmale auf. Viele Charakterzüge, die die Wilden darbieten, finden sich sehr oft bei den geborenen Verbrechern; so zum Beispiel die ungewöhnlich starke Entwicklung der Fiefern und Zogebögen, das dicke krause Haar, die hohe Sehschärfe, der kleine Schädelinhalt, die zurückstehende Stirn, die größere Dicke der Schädelknochen, die nach außen schiefen Zähne, die dunkle Hautfärbung, die großen Ohren, der Halbbastenschnitt des Untertiefers, die Ungleichheit der Ohren, Schielen, die große Beweglichkeit, die Verabsetzung der Berührung- und Schmerzempfindung, die Gleichgültigkeit gegen Verletzungen, die Gefühlsabstumpfung, die Frühzeitigkeits der geschlechtlichen Reigungen, die Faulheit, das Fehlen von Gewissensvorwürfen, die Halluziniertheit, die Erregbarkeit, die Unvorsichtigkeit, die manchmal wie Wut ausbricht, der Wechsel von Bagdalligkeit und Feigheit, die große Eitelkeit, die Spiel-leidenhaftigkeit, die Neigung zur Trunksucht, die Gewalttätigkeit, die Stürzbarkeit der Leidenschaften, der Aberglaube, die außergewöhnliche Empfindlichkeit in bezug auf die eigene Persönlichkeit und der besondere Moralbegriff.

Der Atavismus erklärt uns die Häufigkeit mancher Verbrechen, so von gleichgeschlechtlicher Liebe und Kindermord, deren Eindringen in ganze Gesellschaftsklassen unerklärlich wäre, wenn man sich nicht erinnerte, daß Römer, Griechen, Chinesen, Kanaken diese nicht nur nicht als Verbrechen betrachteten, sondern manchmal auch als Nationalgebrauch pflögten. Garofalo hat die feroischen Charaktere des geborenen Verbrechers im Fehlen des Schamgefühls, der Ehrlichkeit, des Mitleids und des anhaltenden Fleißes zusammengefaßt, welche im wesentlichen auch den Wilden charakterisieren.

Ueberraschende Ähnlichkeiten trifft man sogar in den kleinsten Einzelheiten z. B. in der Bandenorganisation, der Gewohnheit der Tätowierung, der oft grausamen Spiele, der reichlichen Gebärden-sprache, der schallnachahmenden Sprache, der Verköperung unbeliebter Dinge bis zur eigenen Literatur, welche an jene der Heroenzeit erinnert, als das Verbrechen gefeiert wurde.

(Schluß folgt.)

Verbands-Zeil.

Quittung

über eingezahlte Spenden zur Errichtung eines Denkmals für unsere verstorbenen Anwalt Dr. Max Hirsch.

Bauhauarbeiter: Stegny Nr. 5,00, Pasewalk 3,00. Bergarbeiter: Weißheit 3,00, Wildhauer: Landsberg 3,00, Schwerdt 4,00. Deutsche Frauen: Stettin 3,00, Halle 3,00, Hartz 3,00, Striegau 2,00. Fabrik- und Handarbeiter: Wildbret 2,00, Sprottau 10,00, Halle 4,00, Burg b. W. 3,30, Striegau 3,00, Neupendorf 3,00, Berlin I 5,00, Rosslau 5,00, Garau I 3,00, Stettin I 3,00, Chemnitz 5,00, Werseburg 3,00, Wiesel

2,00, Erdbebrüg 1,20, Gamburg 2,70, Gelau 4,00, Wipribach 2,05, Rowowes 2,00, Jena 3,05, Bitterfeld 10,00, Weiskitz 3,00, Baldeburg 6,65, Berlin V 6,00. Graphische Berufe: Schützky 4,00, Neurobe 3,00, Düren 5,00, Magdeburg 10,00, Halle 5,00. Kaufleute: Köln a. Rh. 5,70, Schwerdt 3,00. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Reuta 0,75, Jena 3,00, Bitterfeld 5,00, Berlin I 20,00, Berlin IV 3,71, Rombach 3,30, Bitterberge 6,80, Wilbau 7,25, Ertrand 5,00, Putens 4,00, Zschindorf 3,70, Bunzlau 2,00, Neuland 3,00, Wittenburg 3,00, Arndtshöhe 5,25, Gasse 5,00, Wildorf 3,00, Sterstrate 3,00, Schneidemühl 5,00, Nohlan 3,00, Aplerbeck 5,00, Bernburg 5,00, Dümpten 10,00, Landsberg I 9,00, Kirchen b. Köln 2,50, Neu-Ruppin 5,00, Lauban 5,00, Frauen-dorf 3,00, Frankfurt 3,00, Seltigenstadt 2,20, Königshofen 10,96, Prettin 3,00, Gassen 3,00, Krefeld 5,00, Berlin III 10,00, Bielefeld 3,00, Schleußig 3,00, Schwelm 3,00, Leopoldshall 3,00, Herbe 3,50, Welfenrieden VII 2,55, Segensdorf 2,00, Würzburg 3,00, Eobischütz 2,00, Gremstorf 8,60, Weßig 5,50, Kirchdorf 1,70, Weidenau 10,00, Welfenrieden I 5,42, Opladen 2,10, Striegau 2,00, Duedlinburg 5,00, Kalk 5,00, Gressenich 10,00, Rath 5,00, Ruppstadt 5,00, Schwentochowitz 5,00, Lühelhof I 10,00, Rodlau 3,00, Ronowes 15,00. Schneider: Potsdam 3,00, Gortorf 3,50, Raumburg 3,30, Stettin 10,00, Larnowitz 2,90, Erfurt 3,00, Erlangen 3,00, Borna 3,05, Straßburg 3,00, Berlin II 4,05. Schuhmacher und Lederarbeiter: Gannau 3,00, Burg b. W. 4,45, Saarn 10,00, Virmasens 10,00, Patschewitz 3,35, Striegau 2,00, Köhwin 3,50. Tischler: Spremberg 5,00, Berlin 5,00, Hils 10,00, Sorau 3,00, Nordorf 5,00, Weiskitz 5,00, Halberstadt 18,00, Schwerdt 6,00, Rindau 5,00, Danzig 20,00, Köln 3,00, Stettin 2,80, Kiel 4,00. Töpfer: Kriebitz 5,00, Cassau 1,90, Weiskitz 10,75, Weiten 5,00. Ortsverbände: Magdeburg 20,00, Elbing 15,00, Herne 2,25, Hannover 10,00, Kamitz 4,02, Leipzig-West 15,00. Privat: Salinger-Berlin 5,00, Frau Traus-Berlin 1,00, Köthner-Berlin 1,00, G. v. Berlin 1,00, W. B. Magdeburg 5,00, Ruselmer-Berlin 5,00, Otto v. Berlin 1,00, Kröhl-Krausdorf 0,50, Büth-Dt.-Culau 0,50, Wllh. Bielefeld 1,00, W. B. Berlin 1,00, P. Bamberg-Berlin 1,00, Frau Kofler-Weimar 0,50, W. B. Berlin 5,00, Kleu-Braunschweig 3,00, Frau Schöps-Berlin 1,00, Kamille J. Schumacher-Berlin 1,00, E. Krawon-Berlin 10,00. Summa Mark 762,76.

Weitere Spenden werden dankend entgegengenommen.
Berlin, den 22 März 1906. R. Klein, Verbandsaffizier.

Delegiertentag des Agitationsverbandes der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.) für die Kreise Raumburg-Weißensefeld-Leipzig findet Sonntag, 29. April 1906, vormittags 10 Uhr, in Granschütz bei Weißensefeld (Göltzgers Hof) statt.

T.D.: 1. Prüfung der Mandate. 2. Rechnungslage. 3. Jahresbericht. 4. Anträge. 5. Wahl des Vorstandes. 6. Verschiedenes. Anträge müssen bis spätestens den 14. April cr. in den Händen des Schriftführers sein.

Alle Gewerksvereiner, auch solche, welche dem Verbands nicht angehören, sind als Gäste willkommen. Um rege Beteiligung bitten

Der Ausschuss, Fritz Schulz, Vorsitzender, Leipzigstr. 79, Aug. Baumann, Kassierer, Katharinenstr. 1, Weissenfeld, Robert Geuer, Schriftführer, Jüdenstr. 17.

* Norddeutscher Ausbreitungsverband. Quittung über eingegangene Beiträge: Maschinenbauer: Torgelow Nr. 16,80, Prenzlau 2,00, Wismar 3,20, Jüllchow 1,80, Grabow 8,80, Kahrif- und Handarbeiter: Jüllchow 2,00, Hünswalde 3,90, Siebenbrünzow 2,00, Stolpmünde 4,70, Stolp II 1,70. Tischler: Stettin-Bredow 5,80, Stettin 2,80, Braunsberg 1,90, Thorn 2,20, Vassan 2,00, Pölau 4,85, Wismar 2,00, Danzig 3,00. Schneider: Stettin 4,40, Stolp 1,60, Walle-Stolp 5,00, Stettin-Bredow 1,00, Schuhmacher: Stolp 3,60, Schiffs-timmerer: Bredow 1,00, Wellingdorf 1,10, Bauhandwerker: Greifswald 2,20, Zigarrenarbeiter: Prenzlau 1,30, Stettin 1,50. Töpfer und Ziegler: Zügerhof 5,75, Frauen und Mädchen: Bredow 1,30, Greifswald 1,60. Summa 102,40 Mk.

Strang Gallies, Kassierer, Stettin, Holzstraße Nr. 15 III, Eingang Eisenbahnstraße.

* Norddeutscher Ausbreitungsverband. Protokoll der Vorstandssitzung vom 11. März 1906, abgehalten im Lokal Engelke, Stettin, Schifferstr. 9a.

Entschuldigt fehlt Kollege Gasse; als Gäste ist eine Reihe Ortsverbandskollegen und Kolleginnen anwesend, welche vom Vorsitzenden in der üblichen Weise begrüßt werden. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Versammlungsberichte, erstattet zunächst der Schriftführer Bericht über seinen Besuch der Versammlung der Maschinenbauer in Grabow. Leider mußte der Vortrag bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Der Kollege Kuhlens kamp berichtet sodann über seinen Besuch des D. B. der Schneider in Stettin, worüber sich Kollege Vaasch, Mitglied des D. B. der Schneider, sehr anerkennend äußert und verspricht, fleißig für unsere Ausbreitungsverbandsache tätig zu sein. Alsdann folgte der Bericht über die Konferenz der Ausbreitungsverbände in Leipzig. In der Aussprache darüber erklärten sich sämtliche Kollegen mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden. Den Bericht über den Besuch der Maschinenbauer in Pasewalk erstattet Kollege Gallies, denjenigen über den Besuch der Tischler in Pasewalk Kollege Kunow. Der letztgenannte Ortsverein beschloß einstimmig, sich dem Ausbreitungsverbande anzuschließen. Nach einer regen Diskussion, an der sich sämtliche Kollegen beteiligten, wird sodann beschlossen, die Kollegen Gallies und Bleiweiß am 25. d. Mts. nach Pasewalk zu senden zwecks Besprechungen zur weiteren Agitation. Hierauf erstattete der Schriftführer Bericht über seine Agitationsreise nach Buchholz, wo es gelang, einen D. B. der Kahrif- und Handarbeiter zu gründen. Da am 18. März die erste Versammlung stattfand, wird Kollege Piegler beauftragt, den Agitationsleiter, Kollegen Rohde, in dieser Versammlung zu unterstützen. Auf Anregung der Kollegen Kunow und Gallies wird beschlossen, die Kollegen Kunow und Piegler mit dem Besuch der Ortsvereine der Maschinenbauer und der Tischler in Torgelow zu beauftragen. Nachdem noch von Briefen von den Ortsvereinen der Töpfer und